

Blogbeitrag zum Vierten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung:

Vom Extra zum Standard: Wie Kommunen Geschlechterverhältnisse in ihrer Klimapolitik verankern

Lukas Weißenberger

Obwohl wissenschaftlich gut belegt ist, dass Klimawandel und Geschlecht eng miteinander verknüpft sind, spielen Geschlechterverhältnisse in der kommunalen Klimapolitik in Deutschland kaum eine Rolle. Warum gelingt es dennoch einzelnen Kommunen, Geschlechteraspekte in ihre Klimastrategien zu integrieren?

Der Klimawandel als soziale Frage des 21. Jahrhunderts

Hitzewellen, Starkregen und Hochwasser: Auch in Deutschland sind die Folgen des Klimawandels spürbar. Mit einem Anstieg von 1,6 °C hat sich Deutschland seit 1881 stärker erwärmt als der globale Durchschnitt (DWD 2022). Doch in aktuellen klimapolitischen Diskussionen, etwa über Heizungen und Wärmepumpen, geraten zentrale Fragen in den Hintergrund.

Der Klimawandel ist nicht nur eine ökologische, sondern eine der zentralen sozialen Fragen des 21. Jahrhunderts. Das reichste Prozent verursacht doppelt so viele Treibhausgas-Emissionen wie die ärmere Hälfte der Menschheit (Oxfam 2025). Gleichzeitig treffen die Folgen des Klimawandels Menschen unterschiedlich und verschärfen bestehende Ungleichheiten, auch zwischen den Geschlechtern. Denn Frauen und Männer tragen weltweit unterschiedlich zum Klimawandel bei und sind unterschiedlich von den Folgen betroffen (Spitzner et al. 2020; Bundesregierung 2025).

Das Problem:

Geschlechterverhältnisse bleiben in der kommunalen Klimapolitik meist außen vor

Kommunen gelten in Politik und Wissenschaft als klimapolitische Schlüsselakteure. Sie können lokale Gegebenheiten in den Blick nehmen und klimapolitische Maßnahmen an den Bedürfnissen vor Ort

Vierter
Gleichstellungs-
bericht

ausrichten. Doch wie steht es um die Rolle von Geschlechterverhältnissen in der kommunalen Klimapolitik in Deutschland?

Eine Analyse von rund 200 Kommunen zeigt ein ernüchterndes Bild: Nur vier Städte setzen sich im Rahmen ihrer Klimapolitik intensiver mit dem Zusammenhang von Klima und Geschlecht auseinander.

Welche Faktoren tragen dazu bei, dass Geschlechterverhältnisse in der kommunalen Klimapolitik mitgedacht werden? Interviews mit klimapolitischen Verwaltungsakteur*innen geben darauf erste Antworten. Sie zeigen: Strukturelle Bedingungen und individuelles Engagement ermöglichen es, Geschlechteraspekte in die kommunale Klimapolitik zu integrieren.

Im Folgenden werden zunächst die strukturellen Rahmenbedingungen beleuchtet. Anschließend werden Strategien aufgezeigt, die von engagierten kommunalen Akteur*innen genutzt werden, um Geschlechterverhältnisse in der Klimapolitik zu verankern.

Strukturelle Faktoren:

Warum institutionelle Rahmenbedingungen entscheidend sind

In den Interviews wurde die Bedeutung politischer Faktoren hervorgehoben, etwa die Besetzung von Führungskräften. So wurde berichtet, dass ein Generationenwechsel in den Leitungspositionen zu einem „anderen Umgang“ führte. Führungskräfte, die „den Aspekt Geschlechtergerechtigkeit auch selber als ein persönliches Thema“ empfinden, stärken es in allen Verwaltungsbereichen.

Deutlich wurde auch, wie wichtig eine institutionelle Verankerung von Gleichstellung und Klimaschutz ist. Die direkte Ansiedlung von Klimapolitik bei der Stadtspitze kann zu mehr „Durchsetzungsvermögen“ führen. Eine eigenständige Gleichstellungsbehörde, die Gleichstellung als Querschnittsaufgabe über alle Politikbereiche hinweg versteht, führt dazu, dass es „eine Sensibilität für dieses Thema gibt“. Wichtig sind klare Zuständigkeiten für Gleichstellung und Klima, damit diese Themen nicht „unter die Räder“ kommen. Gleichzeitig braucht es bereichsübergreifende Zusammenarbeit, um die Themen in der gesamten Verwaltung zu verankern. So könne verhindert werden, dass Gleichstellungs- und Klimathemen bei Einzelpersonen abgeladen werden und andere „sich deswegen nicht damit auseinandersetzen“.

Hier knüpft auch die Rolle rechtlicher und administrativer Vorgaben an. So können formale Gleichstellungsvorgaben oder Programme, die Gleichstellung in der Verwaltung fördern, eine „Grundsensibilisierung“ und einen formalen Handlungsdruck erzeugen. Begriffe wie Geschlechtergerechtigkeit müssen für die Verwaltungspraxis ausformuliert werden, da „Barriere[n] in der Ausdefinition“ zu internen Widerständen und Unverständnis führen.

Die Bedeutung von persönlichem Engagement

Die zentrale Erkenntnis aus den Gesprächen ist: Ohne das persönliche Engagement einzelner Akteur*innen, das sich aus persönlichen Lebens- und Diskriminierungserfahrungen oder einer akademischen Beschäftigung mit dem Thema speist, wären Geschlechteraspekte nicht in den Klimastrategien verankert worden. Für diese Personen ist es selbstverständlich, sich für Geschlechtergerechtigkeit einzusetzen, auch in der Klimapolitik.

Eine interviewte Person berichtete beispielsweise, dass ihr persönlicher Einsatz von Kolleg*innen zunächst als „extra Arbeit“ betrachtet wurde. Erst durch persönliche Überzeugungsarbeit erhielt das Thema die notwendige Legitimation.

Die Bedeutung von Netzwerken und Koalitionen: Gemeinsam stärker

Die effektivste Strategie, um Geschlechteraspekte in der kommunalen Klimapolitik zu verankern, war der Aufbau von Netzwerken und Koalitionen. Dabei geht es darum, möglichst viele Gleichgesinnte zu erreichen, sich zu vernetzen und gemeinsam für eine geschlechtergerechte (Klima-)Politik einzusetzen.

Dabei ist vor allem die interne Vernetzung in der Verwaltung zentral: So baute eine interviewte Person, zuständig für Klimapolitik, schon früh eine persönliche Beziehung zur Gleichstellungsbeauftragten auf. Bereits im Vorstellungsgespräch war die Gleichstellungsbeauftragte anwesend und thematisierte den Zusammenhang von Geschlechterverhältnissen und Klima. So entstand früh ein regelmäßiger Austausch. Dies ermöglichte, dass Geschlechteraspekte in die Klimastrategie integriert wurden. Der Fall zeigt: Gleichstellungsbeauftragte können als Querschnittsakteur*innen in allen Verwaltungsbereichen Beziehungen aufbauen, um Geschlecht zu verankern. Umgekehrt können klimapolitische Akteur*innen die Unterstützung von Gleichstellungsbeauftragten suchen.

Externe Netzwerke sind ebenso wichtig: Durch den Kontakt zur Gleichstellungsbeauftragten erhielt die interviewte Person Zugang zu zivilgesellschaftlichen und politischen Gruppen vor Ort. Dort konnte sie ihre Arbeit vorstellen, für den Zusammenhang von Geschlecht und Klima sensibilisieren und zivilgesellschaftliche Akteur*innen aktivieren.

Auch der Austausch mit Wissenschaftler*innen spielt eine Rolle: Bei Fachveranstaltungen zu Gender und Klima entstanden persönliche Beziehungen und Kooperationen, die später bei der Ausarbeitung der Klimastrategie und der Berücksichtigung von Geschlechteraspekten halfen.

Zusammengefasst können Verwaltungsakteure interne Koalitionen mit gleichgesinnten Personen bilden und externe Netzwerke zu Zivilgesellschaft und Wissenschaft nutzen, um Geschlechteraspekte in der kommunalen Klimapolitik zu etablieren.

Gleichstellung als Aspekt sozialer Gerechtigkeit

Als weitere Strategie nannten die Interviewpartner*innen, Geschlechterfragen mit anderen Aspekten sozialer Gerechtigkeit zu verknüpfen. Das Thema müsse „einfach anders geframed werden, [...] dass nicht gleich jeder immer die Jalousie runterzieht“. Eine Person berichtete, dass in der betreffenden Kommune Gleichstellung zunehmend als Teil einer übergeordneten sozialen Frage verhandelt wird. Dies mache das Thema anschlussfähiger.

Fazit: Geschlechteraspekte sind kein Extra, sondern Teil der sozialen Frage der Klimakrise

Die Interviews haben gezeigt: Geschlechteraspekte werden im kommunalen Klimakontext oft als „extra Arbeit“ verstanden. Doch dort, wo es gelingt, Geschlechteraspekte zu verankern, geschieht dies nicht zufällig. Es braucht klare Zuständigkeiten und politische Rückendeckung. Es braucht engagierte Einzelpersonen, die das Thema vorantreiben. Und es braucht Netzwerke und Koalitionen, innerhalb der Verwaltung ebenso wie mit Akteur*innen aus Zivilgesellschaft und Wissenschaft.

Gleichzeitig wird deutlich, dass die Frage nach einer geschlechtergerechten Klimapolitik nicht als Extra betrachtet werden kann. Sie ist eingebettet in eine größere soziale Frage. Es geht um die Verteilung von Lasten und Kosten, politische Beteiligung und Arbeitsverhältnisse sowie die demokratische Legitimität von Klimapolitik.

Hintergrund: Datengrundlage und Vorgehen

Dieser Beitrag basiert auf den Ergebnissen meiner Masterarbeit, die zwischen April und September 2025 an der Freien Universität Berlin entstanden ist.

Untersucht wurden insgesamt 204 Kommunen. Die Auswahl umfasste zwei Gruppen: Zum einen Kommunen, die Mitglied im Klima-Bündnis sind, einem der ältesten klimapolitischen Städtenetzwerke Europas. Zum anderen Kommunen, die die Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene unterzeichnet haben. Die Stichprobe bestand damit aus Kommunen, die sich öffentlich zu Klimaschutz beziehungsweise Gleichstellung bekennen.

Für diese Kommunen analysierte ich 445 zentrale klimapolitische Strategiedokumente (Klimaschutz- und Klimaanpassungsstrategien). Mithilfe einer Stichwortsuche identifizierte ich Passagen, in denen Geschlechterverhältnisse thematisiert werden. Anschließend wertete ich aus, in welchem Umfang Geschlechteraspekte in den Strategien berücksichtigt sind. Grundlage dafür war eine Typologie (Spitzner et al. 2020), die zwischen vier Kategorien unterscheidet: genderblind, gendersensitiv, genderresponsiv und gendertransformativ.

Auf dieser Grundlage identifizierte ich vier Kommunen, deren Klimastrategien substanzielle Geschlechterbezüge enthalten. Anschließend führte ich mit Vertreter*innen aus den Verwaltungen dieser Kommunen drei leitfadengestützte Interviews.

Zum Weiterlesen

DWD (2022): Nationaler Klimareport; 6. Überarbeitete Auflage, https://www.dwd.de/DE/leistungen/nationalerklimateport/download_report.pdf;jsessionid=C20F5D0E9853117BAFCEC059E61DABB0.live31092?__blob=publicationFile&v=15.

Oxfam (2025): Climate Plunder. How a powerful few are locking the world into disaster, <https://www.oxfam.de/system/files/documents/2025-10/oxfam-climate-inequality-report-climate-plunder.pdf>

Bundesregierung (2025): Vierter Gleichstellungsbericht der Bundesregierung. BT-Drucksache 20/15105, Berlin, <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/259446/a1b1575e3a549fb839fc25f9a7f59a0d/vierter-gleichstellungsbericht-bt-drucks--data.pdf>.

Spitzner, Meike/Hummel, Diana/Alber, Gotelind/Röhr, Ulrike (2020): Interdependente Genderaspekte der Klimapolitik. Gendergerechtigkeit als Beitrag zu einer erfolgreichen Klimapolitik: Wirkungsanalyse, Interdependenzen mit anderen sozialen Kategorien, methodische Aspekte und Gestaltungsoptionen. Abschlussbericht (Umweltbundesamt, Hrsg.), https://www.umweltbundesamt.de/system/files/medien/1410/publikationen/2020-02-06_texte_30-2020_genderaspekte-klimapolitik.pdf.

Impressum

Dieses Dokument wurde im Auftrag des Bereichs Gleichstellungsberichte der Bundesstiftung Gleichstellung erstellt. Der Inhalt des Dokuments wird vollständig vom Autor verantwortet und spiegelt nicht notwendigerweise die Position des Bereiches Gleichstellungsberichte wider.

Alle Internetquellen, die in der Publikation genannt werden, wurden am 23.03.2026 zuletzt geprüft.

Herausgeberin

Bereich Gleichstellungsberichte
der Bundesregierung
Bundesstiftung Gleichstellung
Karl-Liebknecht-Str. 34
10178 Berlin
www.gleichstellungsbericht.de

Stand: März 2026
Erscheinungsjahr: 2026

Zitierhinweis

Weißberger, Lukas (2026): Vom Extra zum Standard: Wie Kommunen Geschlechterverhältnisse in ihrer Klimapolitik verankern. Blogbeitrag zum Vierten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung, Berlin: Bundesstiftung Gleichstellung, <https://www.gleichstellungsbericht.de/blog/vom-extra-zum-standard-wie-kommunen-geschlechterverhaeltnisse-in-ihrer-klimapolitik-verankern-von-lukas-weissenberger>.